



ersch. 10 Hefen, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg (Enztal) Wildbad. — Hauptredaktion: Verleger Herr Gernsheim in Wildbad. — Postfach 291 74 Stuttgart

Abonnementpreis: Im Einzelheft die einseitige 16 mm breite Millimetergröße 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 5 Pf.; im Textteil die 20 mm breite Millimetergröße 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tarifen. — Schluß der Abonnementannahme täglich 1 Uhr vormittags. — In Reklamefällen oder wenn gerichtliche Beurteilung notwendig wird, fällt jede Kapazitätsgrenzung weg.

Druck, Verlag u. Vertrieb, Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 58, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 69      Fernruf 479      Montag, den 23. März 1936      Fernruf 479      71. Jahrgang

## Unmögliche Vorschläge der Locarno-Mächte

Das Memorandum der Locarnomächte atmet erneut Versailles Geist. Es ist in den Vorschlägen vorgesehen, daß während der Verhandlungsperiode eine Neutralisierung der Westzone dadurch erfolgen soll, daß ein auf deutschem Gebiet verlaufender Grenzstreifen von einer internationalen englisch-italienischen Polizeitruppe besetzt wird. Es ist nicht recht ersichtlich, welchem Zweck dieser dünne militärische Grenzordon dienen soll. Man hat in der Erörterung dieses Gedankens vorher einmal auf die nach dem Saargebiet gelegte internationale Abstimmungspolizei verwiesen, der die deutsche Regierung damals ausdrücklich zugestimmt hätte. Der Vergleich ist absolut abwegig. Es läßt sich überhaupt kein stichhaltiger Grund finden, mit dem man eine solche ungewöhnliche Maßnahme rechtfertigen könnte. Auch als Ordnungspolizei braucht die deutsche Verwaltung ausländische Unterstützung nicht. Daß aber ein Schutz der französischen oder belgischen Sicherheit durch ein englisch-italienisches Truppenkontingent notwendig sei, wird selbst in den Zeitungen dieser Länder heute nicht mehr behauptet. Deutschland, das sich vielleicht durch die Vorkehrungen, die jenseits der Grenze getroffen wurden, bedroht fühlen könnte, hat aber keinen Schutz angezogen und gedenkt auch, im Vertrauen auf sein unantastbares Recht, nicht daran, das zu tun.

Was bleibt also übrig an Erklärungen für den seltsamen Plan? Nichts anderes, als der Wunsch, Frankreich und Belgien eine „Genugtuung“ zu verschaffen. Diese „Genugtuung“ aber verleiht in flagrantester Weise die Souveränitätsrechte Deutschlands und die ihm — zum wievielten Male? — zugesicherte Gleichberechtigung. Es wäre in ganz Europa undenkbar, daß irgendeinem Staate die Besetzung eines Teils seines Gebietes durch fremde Truppen zugemutet wird. Man muß sich an den Kopf fassen und fragen, was die Staatsmänner in London sich dabei dachten, als sie dieses unannehme Projekt ausarbeiteten.

Genau unverständlich ist es, daß Besprechungen zwischen den Generälen Frankreichs, Belgiens und Englands zur Erhöhung der „französisch-belgischen Sicherheit“ vorgesehen worden sind. Man sagt, genau wie bei der Besetzung einer schmalen Rheinlandzone, das sei nur eine Maßregel vorübergehender Wirksamkeit, um während der Verhandlungsperiode drüben das erforderliche Sicherheitsgefühl auszulösen. Frankreichs Absichten gehen seit den Zeiten des mißglückten Genfer Protokolls auf die Militärallianz mit England hin. Seine Generäle werden die vorgesehenen Besprechungen ganz gewiß nicht als ein unverbindliches Zwischenspiel führen.

Schließlich soll das Haager Schiedsgericht zur Entscheidung darüber angerufen werden, ob der französisch-sowjetrussische Pakt, wie Deutschland es behauptet, dem Locarnovertrag widerspricht. Der Völkerbundsrat hat diesen Spruch am Donnerstag ja schon vorweggenommen, indem er aus eigener Machtvollkommenheit entschied, daß die Motive Deutschlands für seinen Schritt vom 7. März nicht anerkennen und infolgedessen eine deutsche Verletzung des Locarnopaktes festzustellen sei. Warum also nun noch einmal das Verfahren vor dem Haager Schiedsgericht? Was kann das Haager Gremium gelehrter Juristen überhaupt zu der politischen und militärischen Frage des Verhältnisses zwischen Russenpakt und Locarnopakt Entscheidendes sagen? Die Stunde, das Haager Urteil anzurufen, wäre vielleicht im Mai des vergangenen Jahres gewesen, als Deutschland zuerst auf die bedenkliche Konstruktion des Paktes zwischen Paris und Moskau hinwies.

All diese Dinge, deren mangelhafte Untermauerung man im Geheimen in London wohl selbst erkannt hat, sollen dadurch schmählicher gemacht werden, daß man sie als ein notwendigerweise zu passierendes Zwischenstadium hinstellt, und immer wieder auf die große Konferenz als das letzte Ziel hinweist. Diese Konferenz aber will man außer mit der Erörterung der konstruktiven Pläne Adolf Hitlers, die Beratungstisch für Wochen und vielleicht Monate geben, auch noch mit der Sanierung der Weltwirtschaft, dem Rohstoff- und Kolonialproblem und — wieder einmal — der Abrüstungsfrage belasten. Ein Konferenzprogramm, das Jahre zur Erledigung brauchen würde. In diesem auf Jahre erstreckten Zwischenstadium aber soll Deutschland die fremde Besetzung seiner Grenzzone ertragen, während drüben die Generäle beraten? Unmöglich und unausdenkbar!

### Das Echo zum Locarno-Memorandum

Kritik der Londoner Presse an der Locarno-Deckschrift  
London, 21. März. Auf Grund der ersten Berichte über die Deckschrift der Locarno-Mächte enthalten die Abendblätter eine Reihe von Stellungnahmen, die deutlich beweisen, daß sie von der englischen Öffentlichkeit nicht ohne Kritik angenommen wird. So schreibt der „Star“ u. a.: Wir haben noch einen langen Weg zu gehen. Hitler verlangt, daß Deutschlands minderberechtigte Stellung beendet werden soll. Die vorläufigen Programmpunkte für die Ueberannaszeit beenden sie nicht. Sie unterstreichen

sie. Die „Evening News“ schreiben u. a.: Deutschland könnte vor dem Völkerbundsrat keinen fähigeren und entwaffnenderen Anwalt als Herrn von Ribbentrop haben. Regierungen haben nun einmal die Leidenschaft, den Rechtsanwalt zu spielen. Das Blatt wendet sich dann gegen den Vorschlag, den französisch-sowjetrussischen Pakt vor den Haager Gerichtshof zu bringen. Der Haager Gerichtshof muß, wenn er ehrlich ist, erklären, daß es keine klare Rechtsfrage gibt, über die er sich äußern kann, daß die Frage eine solche der Ethik, der Politik und der Psychologie ist, und daß es sich daher nicht um seine Angelegenheit handelt.

Im „Evening Standard“ heißt es u. a.: In dem Plan befinden sich gewisse Dinge, die nicht von besorgten Staatsleuten, sondern von böswilligen politischen Scharifanten hätten ins Auge gefaßt sein können. Da ist z. B. der Plan für eine neutrale Zone, die von internationalen Truppen bewacht werden soll. Vor etwa 14 Tagen hat Hitler die Gefahr auf sich genommen, Europa zu trohen, indem er seine Legionen in das vertragsmäßig entmilitarisierte Rheinlandgebiet sandte. Heute wird er aufgefordert, nicht diese Soldaten zurückzuziehen, sondern es zu gestatten, daß eine internationale Wache in das Rheinland eindringt, um als Polizei ihn zu überwachen. Das ist schon verwerflich. Noch verwerflicher ist aber die Tatsache, daß die internationale Polizeitruppe italienische Abteilungen enthalten soll. Der Völkerbund hat kürzlich Italien für einen Vertragsbrecher erklärt. Trotzdem bestand sich der Vertreter Italiens unter den Richtern, die Deutschland verurteilten. Italien ist in Abessinien eingeeilt. Deutschland ist nicht in Frankreich eingeeilt. Sein Vertragsbruch berührt nur sein eigenes Gebiet. Aber die Locarno-Mächte glauben, daß eine internationale Armee wünschenswert sei, um den Frieden am Rhein aufrecht zu erhalten, bis eine dauernde internationale Regelung erzielt werde. Und Italien, das den Frieden in Abessinien gebrochen hat, wird aufgefordert, sich an dieser Armee zu beteiligen. Deutschland wird diesen Plan für eine neutrale Zone innerhalb seines Gebietes ablehnen. Es wird auch einen anderen Teil des Planes ablehnen, die Bestimmung, daß es den französisch-sowjetrussischen Pakt dem internationalen Gerichtshof im Haag unterbreiten soll. So scheint es, noch bevor die Aussprache beginnt, daß der neue Plan zum Scheitern verurteilt ist.

Auch die Samstagmorgen-Blätter wiederholen ihren Appell an Deutschland, seinerseits einen Beitrag zu liefern. Fast ohne Ausnahme heben sie hervor, daß die Möglichkeit einer Verächtlichmachung oder Abänderung der Vorschläge, die im Memorandum der Locarno-Mächte ihren Niederschlag gefunden haben, besteht, ja sogar von der britischen Regierung gewünscht werde, die hierbei in vollem Umfange die Unterstützung der öffentlichen Meinung finde.

Der „Daily Telegraph“, die „Times“ und die „Morningpost“ sind sich einig mit Blättern, wie der „Daily Herald“ und die „News Chronicle“, daß die Vorschläge keineswegs als „Ultimatum“ angesehen werden könnten. Es wird im Gegenteil übereinstimmend betont, daß die vier Mächte durchaus bereit seien, deutsche Gegenvorschläge zu erörtern, was dann zu weiteren ausgedehnten Verhandlungen führen würde.

Auch die liberale „News Chronicle“ stellt fest, daß es für Deutschland nicht notwendig sei, die Vorschläge des Memorandums unverändert anzunehmen. Es werde lediglich eine Antwort benötigt, die sicherstelle, daß die Ausfühngsbemühungen nicht zusammenbrechen sollen. Jedenfalls sei durch die Vorschläge die unmittelbare Gefahr beseitigt und der nächste Schritt liege jetzt bei Deutschland. Der diplomatische Berichtsfatter des Blattes

### Kurze Tagesübersicht

Den Höhepunkt der sonntäglichen Wahlkundgebungen bildete die Rede des Führers in der Jahrhunderthalle in Breslau.

Es wurden nun die 1035 Namen der Reichstagswahlliste der NSDAP. bekanntgegeben.

Botschafter von Ribbentrop ist am Samstagabend von London nach Berlin zurückgekehrt, um dem Führer Bericht zu erstatten.

Die Vorschläge der sog. Locarno-Mächte in dem Memorandum fanden in Paris und London eine sehr kritische Beurteilung, ja es überwiegt die Einsicht, daß Deutschland diese unmöglichen Vorschläge ablehnt.

In London bemüht man sich, Raum für Verhandlungen zu gewinnen, freut sich sogar, daß Deutschland die demütigenden Punkte natürlich nicht annimmt. Deshalb tritt die Londoner Presse für eine Lösung ohne internationale Polizei ein.

In Rom fanden die Dreier-Besprechungen über die Donaufrage statt, die am Sonntagabend abgeschlossen wurden.

weist darauf hin, daß die ungünstigen deutschen Kommentare in London keine besondere Enttäuschung hervorgerufen hätten. Im übrigen bestätigt der Berichtsfatter, daß die internationale Polizeitruppe nur bis zur Beendigung der Locarno-Konferenz in der Grenzzone verbleiben solle.

Der politische Mitarbeiter von „News Chronicle“ berichtet, daß im Unterhaus sich ein starker Widerstand gegen die vorgeschlagene neue einseitige Rheinlandzone bemerkbar mache, und daß Lord George sich vor allem gegen ein Militärbündnis mit Frankreich zu wenden beabsichtige. Eine starke Gruppe im Hause sei wegen der offensichtlichen Kapitulation gegenüber dem französischen Standpunkt besorgt. Diese Kapitulation sei auf die Äußerungen Chamberlains zurückzuführen, der seine Pläne der Regierung aufzuzwingen veruche.

„Daily Mail“ ist der Ansicht, daß Deutschland diesen Vorschläge der Locarno-Mächte glatt ablehnen werde, die eine Diskriminierung Deutschlands oder eine Begrenzung seiner Hoheitsrechte mit sich bringen würden. Auch der „Daily Telegraph“ vertritt die Auffassung, daß Deutschland den Plan einer internationalen Zone auf deutschem Gebiet als Diskriminierung betrachten und daher ablehnen werde. „Daily Express“ schließlich verurteilt die Vorschläge der Locarno-Mächte in schärfster Form. Der Vorschlag so schreibt das Blatt, das eine Verlängerung der Krise befürchtet, britische Truppen in das Rheinland zu entsenden, sei absurd und wahnsinnig.

#### Neuter über die weitere Entwicklung

Neuter berichtet, in diplomatischen Kreisen Londons glaube man, daß gewisse deutsche Gegenvorschläge zu dem Locarno-Memorandum eine Grundlage für weitere Besprechungen abgeben könnten. Man habe die Aussicht, daß es sich um den allerersten Schritt einer Verhandlungsperiode handle, die sich sehr lange ausdehnen könne.

England werde versuchen, Europa zu bestimmen, daß es einer Politik folge, die man die „britische Politik“ nennen könne, und die sich bisher als erfolgreich erwiesen habe. In britischen Kreisen wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Frankreich und Belgien ihre Forderungen, zu denen sie sich in Paris entschlossen, so weit heruntergeschraubt hätten, daß es jetzt an Deutschland sei, eine Geste im Interesse der Gesamtheit zu machen. Es scheine, daß zwei Konferenzen in Aussicht genommen seien. Die erste würde eine Konferenz der Locarno-Mächte mit Deutschland sein, die die Vorschläge des Führers, die Revision des Status quo im Rheinland, und gegenseitige Unterstützungsabkommen aller fünf Mächte zu beraten hätte. Erst zu einem weit späteren Zeitpunkt werde dann eine zweite Konferenz mit weiteren Aufgaben einberufen werden, an der eine große Zahl von Staaten teilnehmen würde.

#### Pariser Presse zu dem Bierer-Vorschlag

Paris, 21. März. Die Samstagmorgen-Presse rechnet mit einer deutschen Ablehnung des Memorandums der Locarno-Mächte. Gewisse Blätter finden dieses Bierer-Abkommen nicht einmal stark genug, um ein einseitiges Locarno zustande zu bringen. Auch wird die Forderung nach einer Verstärkung der Heere der Bürgerwehrmächte erhoben, um Frankreich wirklich Schutz gewähren zu können. Die Hamburger Rede des Führers wird als das erste „Nein“ gewertet.

Das „Journal“ schreibt, die in London gefundene Verständigungsgrundlage enthalte für Deutschland recht unangenehme Züge, die jedenfalls für den Augenblick seinen Zorn erregen würden. Aber sie enthalte auch sehr viel angenehmere Aussichten, nämlich die Bestätigung der vollendeten Tatsache und das Angebot, den großen Wiederaufbau auf den von Hitler vorgeschlagenen Grundlagen ins Auge zu fassen. Das Schiedsverfahren sei rein rückblickend, denn es gelte von vornherein als verabredet, daß ungeachtet des Ausfalles des Spruches in Zukunft alles geändert werde. Man werde den Rheinland-Pakt, man werde Locarno revidieren. Man werde daher die Deutschen auf-fordern, sie mögen die rechtliche Regelung, die sich ja einzig und allein auf die Vergangenheit beziehe, annehmen. Die politische Seite werde man dann in Zukunft berücksichtigen. Deutschland werde versuchen, der symbolischen „Strafe“, die die 20-Kilometer-Zone bedeute, zu entgehen. Beachtlich sei, daß Botschafter von Ribbentrop gleich am zweiten Tage nach seiner Ankunft in London vom König empfangen wurde, während der französische Außenminister Flanin vier und der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, sogar zehn Tage habe warten müssen.

Der Berliner Berichtsfatter des „Journal“ macht auf den falschen Gesichtswinkel aufmerksam, unter dem man außerhalb Deutschlands noch die Lage zu betrachten gewöhnt sei. Er habe persönlich den Eindruck, daß man in London, Paris und anderswo noch nicht völlig die deutsche Politik begriffen habe, und daß man nur allzu große Neigung zeige, die nationalsozialistische Herrschaft mit der von Weimar zu verwechseln. Die Zeiten hätten sich geändert. Die Beurteilung durch den Völkerbund lasse Hitler unberührt. Daß man aber etwa auch nur einen einzigen Augenblick daran glaube, von den Deutschen irgend etwas zu erreichen mit Vorschlägen wie denen von London, zeige, daß man um mindestens drei Jahre rückständig sei.

In einem Telegramm des „Matin“ aus London wird erklärt, die englische Regierung rechne mit einer verneinenden Antwort aus Berlin, scheine aber an die Möglichkeit deutscher Gegenvorschläge zu glauben.

## Mächte-Entwurf an den Völkerbundsrat

London, 21. März. Der Resolutionsentwurf, der dem Völkerbundsrat vorgelegt werden soll, lautet folgendermaßen:

I. Der Rat, eingedenk dessen, daß er selbst ebenso wie die Völkerbundsversammlung bei verschiedenen Gelegenheiten die Bedeutung der Locarno-Verträge vom Standpunkt der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit anerkannt hat:

In der Erwägung

1. daß die genauere Achtung aller Vertragsverpflichtungen ein Fundamentalsprinzip des internationalen Lebens und eine wesentliche Bedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens ist,

2. daß es ein wesentlicher Grundsatz des Völkerrechts ist, daß keine Macht sich selbst von vertraglichen Verpflichtungen befreien und auch nicht die Bestimmungen eines solchen Vertrages ohne Zustimmung der anderen Vertragspartner abändern kann;

3. daß der Bruch von Artikel 43 des Versailler Vertrags und die einseitige Handlung, welche die deutsche Regierung in Verletzung des Locarno-Vertrages ohne Anrufung der im Vertrag von Locarno zur Regelung von Streitigkeiten festgelegten Prozedur vorgenommen hat, mit diesen Grundsätzen in Widerspruch steht;

ist der Auffassung, daß

1. die deutsche Regierung durch diese einseitige Handlung sich keine legalen Rechte erworben hat;

2. daß diese einseitige Handlung dadurch, daß sie ein neues Element der Unruhe in die internationale Lage einführt, notwendigerweise als eine Bedrohung der europäischen Sicherheit erscheinen muß;

beauftragt ein Komitee, zusammengesetzt aus . . . mit der Aufgabe, dem Rat Vorschläge hinsichtlich der den Völkerbundsmitgliedern zu empfehlenden praktischen Maßnahmen zu machen.

II. In der Erwägung,

daß die deutsche Regierung geltend gemacht hat, daß der französisch-sowjetrusische Unterstützungspakt mit dem Vertrag von Locarno unvereinbar ist und daß infolge dieser Unvereinbarkeit die deutsche Regierung nicht berechtigt war, den Vertrag von Locarno zu kündigen, sondern auch deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone zu entsenden;

daß auf diese Weise eine Rechtsfrage aufgeworfen worden ist, die zweifelhafte Weise dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorzulegen wäre, wenn die beteiligten Mächte sich bereit erklärt hätten, sich der Entscheidung des Gerichtshofes zu unterwerfen, was die französische Regierung ihrerseits bereits zugestanden hat;

fordert die Rat die deutsche Regierung auf, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof die bezeichnete Frage unter den vorstehend erwähnten Bedingungen vorzulegen und ihn zu ersuchen, seine Entscheidung so bald wie möglich zu geben, wobei als ausgemacht gilt, daß die Parteien sich sofort der Entscheidung des Gerichtshofes unterwerfen werden.

III. In der Erwägung,

daß die einseitige Handlung Deutschlands notwendigerweise als eine Bedrohung des europäischen Friedens erschien und daß sie infolgedessen — ohne die Anwendung der Artikel 1 und 4 des Locarno-Vertrages zu präjudizieren — von Seiten der Mitglieder des Völkerbundes in Anwendung des Artikels 11 der Völkerbundscharta und in Übereinstimmung mit diesem Artikel den Beschluß zu jedem Schritt herbeizuführen geeignet ist, der wirksam zur Erhaltung des Friedens der Völker erscheinen kann;

nimmt der Rat Kenntnis von

1. der Erklärung, die im Namen von Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien abgegeben worden ist hinsichtlich des Inkraftbleibens der Rechte und Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag, so weit diese Mächte in Frage kommen;

2. der Mitteilung, die ihm durch die Regierung Belgiens, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und Italiens über die Maßnahmen gemacht worden ist, die im Hinblick auf die Lage, die durch die Verletzung der in Artikel 42 des Versailler Vertrags definierten Zone entstanden ist, erzwungen werden.

## Brief an Belgien und Frankreich

London, 21. März. Die Vertreter des Vereinigten Königreichs und Italiens beabsichtigen, folgendes Schreiben an die Vertreter Belgiens und Frankreichs zu richten:

Im Augenblick, wo die Vertreter von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien sich, wie in der heutigen Vereinbarung vorabsprechen, auf eine gemeinsame Linie ihrer

Regierungen geeinigt haben, bin ich ermächtigt, Ihnen die offizielle Versicherung zu geben, daß die Regierung Seiner Majestät, wenn die Bemühung zur Veröhnung, die in der oben genannten Vereinbarung versucht wird, mißlingen sollte:

1. a) sogleich in Beratung mit Ihrer und der französischen (belgischen) Regierung die Schritte erwägen wird, um der neuen so geschaffenen Situation zu begegnen;

b) unverzüglich in Übereinstimmung mit dem Locarno-Vertrag Ihrer Regierung zu Hilfe kommen wird, wie hinsichtlich jeder Maßnahme, die gemeinsam beschlossen wird;

c) als Gegenleistung für die entsprechende Versicherung Ihrer Regierung in Konsultation mit Ihrer Regierung alle praktischen Maßnahmen ergreifen wird, die Seiner Majestät Regierung zu Gebote stehen, um die Sicherheit Ihres Landes gegen einen nichtprovokierten Angriff zu gewährleisten.

d) zu diesem Zweck den Kontakt zwischen den Generalstäben unserer beiden Länder, der im Paragraph III, 2 der genannten Vereinbarung vorgesehen ist, herstellen bzw. fortsetzen wird;

2. und weiterhin auch in Zukunft im Völkerbundsrat sich bemühen wird, die Formulierung aller nützlichen Empfehlungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Rezeptes für das Völkerrecht durch den letzteren sicherzustellen.

## Flandin vor der Kammer

### Frankreich und das Memorandum

Paris, 21. März. Die französische Kammer trat zusammen, um eine sehr ausführliche Erklärung des französischen Außenministers über die Londoner Verhandlungen und die dort gefassten Beschlüsse entgegenzunehmen. Er führte u. a. aus, die Regierung bringe nach Tagen schwerer Beunruhigung die Festigung des Friedens. Dies sei ihr gelungen, ohne den Grundsätzen untreu zu werden, die sie vom ersten Tage an bekanntgegeben habe. Darauf erläuterte Flandin die Vereinbarungen der Locarno-Mächte. Die französische Regierung würde es gewünscht haben, daß das „Gesetz des internationalen Rechtes“ durch die Rückkehr zu einer Lage, wie sie vor dem 7. März im Rheinland bestanden habe, ohne Einschränkung wiederhergestellt würde. Dieses Ergebnis hätte zweifellos erzielt werden können, wenn die Signatarmächte des Locarno-Vertrages sich dahin einig gewesen wären, einen genügend energischen Druck auf Berlin auszuüben. Aber er habe sich sehr bald davon überzeugen können, daß diese Einigung nicht habe zustande gebracht werden können. Den französischen Bemühungen sei es aber zum Mindesten gelungen, Beschlüsse durchzusetzen, die diesmal den Methoden der vollendeten Tatsache nicht das Vortrecht geben, nachdem die Reichsregierung geglaubt habe, durch die Handlung vom 7. März die Rheinlandzone „von jeder internationalen Knechtschaft“ freizumachen. Verhandlungen über die „endgültigen Satzungen“ des Rheinlandes wie überhaupt über alle anderen Fragen könnten erst eröffnet werden, wenn Deutschland ausdrücklich alle — ihm jetzt gestellten — Bedingungen angenommen habe, die ein ungetrenntes Ganzes darstellten. Er brauche nicht hinzuzufügen, daß seine Rede davon sei, daß eine internationale Streitmacht einen Teil französischer oder belgischer Gebiete besetzen könne.

In voller Übereinstimmung mit der belgischen Apor-

## Glaube, der Berge verfehlt

Ein ehemaliger Reichskanzler sprach einmal:

„Ich glaube nicht, daß angesichts der Weltwirtschaft die Nationalsozialisten mit tausend Patentmedizinen in Deutschland von der Welt isoliert die Dinge wesentlich bessern können.“

## Kein Mensch außer den Nationalsozialisten

hat es geglaubt, die aber haben mit ihrem Glauben Berge verfehlt und durch Gewinnung politischer und wirtschaftlicher Freiheit künftigen Wohlstand aus unerreichbarer Ferne nähergerückt!

## Ganz Deutschland hat heute diesen Glauben und stimmt für seinen Führer am 29. März!

## Der dicke Müller siedelt

24 Nachdruck verboten

Gesagt, getan!

Das Entzücken der Kinder war für alle ein Erlebnis. Jörg jauchzte richtiggehend, als er jetzt feststellte, daß ja „eine richtige Wohnung“ in dem Wagen war.

„Ach, Bati!“ meinte er eifrig. „Hierdrin möchte ich immer wohnen. Und . . . die Wohnung fährt wohl auch?“

„Ja, freilich, der Wagen kann wie ein großes Auto fahren!“

„Wirklich, Bati! Ach, Bati, bitte, bitte, sage doch dem Mann, daß der Wagen an den Galdensee fährt! Bitte, bitte!“

„Weil du so schön bitten kannst! Gut, mein Junge! Ich tue dir den Gefallen.“

Otto gab dem Chauffeur, der lächelnd spannte, ein Zeichen und ganz plötzlich lief der Motor an.

Ein Ruck . . . und der Wagen rollte los.

Jörg und Urfel konnten vor Freude kein Wort sagen, sie saßen wie verzaubert auf ihren Stühlen und starrten sich wortlos erstaunt an.

Dann fielen sie Hans, dem Otto und der Rosel naheinander um den Hals, so groß war ihre Freude.

Hans aber sah, wie der Bruder Tränen der Freude in den Augen hatte.

Die Fahrt verging wie im Fluge. Rosel und die Kinder durchstöberten jeden Winkel des Wohnwagens und ihre Begeisterung für diese „neue“ Wohnung stieg mit jedem Augenblick.

Urfel schwelgte schon in Träumen, wenn sie sich vorstellte, wie fein es sein müßte, hier drin zu schlafen.

Nur vor Galdensee sagte Rosel zu Otto: „Mit dem Wohnwagen haben Sie einen feinen Gedanken gehabt, Herr Otto Müller!“

„Ich habe immer nur feine Gedanken, Fräulein

Rosel! Und den allerfeinsten Gedanken spreche ich jetzt aus!“

„Da bin ich sehr neugierig!“ Rosel hatte ihr reizendstes Spitzbubengesicht aufgesteckt.

„Ja! Ich kann den Namen Müller nicht mehr hören! Ich bitte um einen anderen Namen!“

„Gut,“ meinte Rosel, „dann werde ich Herr Oberkoch sagen!“

„Am Gotteswillen, das ist noch schlimmer! Nein, da habe ich gottlos einen viel vernünftigeren Vorschlag! Sie sagen Herr Otto, so wie ich Fräulein Rosel sage. Später können Sie den Herrn auch weglassen!“

Rosel sah Hans etwas verlegen an, doch der nickte ihr zu und sagte herzlich: „Otto hat recht! Also abgemacht! Herr . . . Otto, Herr Hans! Klingt zwar ein bißchen komisch, aber daran gewöhnen wir uns.“

„Das wird mir schwer fallen Herr Müller!“

„Wie heißt es?“ fragte Otto streng

„Herr Otto! Herr Hans! Aber das klingt nicht! Nein, Herr Hans kling nicht! Ich sage: Herr Johannes!“

Aber dagegen wehrte sich Hans mit aller Energie. „Nein, nein, nicht Herr Johannes, das klingt viel zu feierlich für mich! Ich bin nicht feierlich! So unkomplizierte Menschen wie ich, die dürfen nicht Herr Johannes heißen! Also ganz kurz: Herr Hans!“

Als Rosel eingeschlagen hatte, meinte Otto feierlich: „Und diese Sache muß begossen werden!“

Ehe sich Rosel von ihrem Erstaunen erholt hatte, da hatte er aus dem eingebauten Schränkchen eine Flasche Dreifstern herausgeholt und schenkte ein.

Rosel wehrte ab, aber wohl oder übel mußte sie ihr Glas austrinken, wenn's ihr auch die Tränen in die Augen trieb, denn Cognac war ihr bisher ein unbekannter Begriff geblieben.

Da fuhren sie auch schon in das Dorf Galdensee ein.

Das Verwaltungsgebäude der Siedlung Galdensee ist ein einfaches, aber festes Blockhaus. Es ist freundlich

nung hatten die französischen Vertreter aber darauf bestanden, daß sofort die Abkommen getroffen würden, um die mögliche Durchführung der militärischen Garantien sicherzustellen, da im anderen Falle und gegenüber einem tatsächlichen Angriff die Durchführung der getroffenen gegenseitigen Unterstützung verspätet sein könnte. Die englische Regierung habe diesem Vorschlag ihre Zustimmung gegeben.

Sollte er, Flandin, noch besonders betonen, wie sehr er sich bemüht und gestreut habe, dadurch die Wiederherstellung der friedlichen Front von Stresa vorzubereiten, die jetzt verwirklicht werden solle, dank der Aufnahme von Friedensverhandlungen.

An Deutschland sei eine Aufforderung gerichtet worden. Wenn Deutschland sie annehme, so öffnete sich neue Aussichten für die Festigung des europäischen Friedens. Wenn Deutschland die Aufforderung ablehne, so sei die englische Regierung mit der französischen Regierung einig in der Auffassung, daß die Lage dann sofort erneut überprüft werden müsse.

Zwischen den englischen und den französischen Bestrebungen, erklärte Flandin zusammenfassend, stellten die erzielten Ergebnisse ein Kompromiß dar. Die englische öffentliche Meinung, die „weniger bedacht“ als die französische auf den Buchstaben des Vertrages sei und auf deren Strömungen die Londoner Regierung besonders achten müsse, habe nicht in der gleichen Weise wie die französische öffentliche Meinung den Schritt des Reichskanzlers Hitler einschätzen können. Die englische Regierung beabsichtige, dem Locarno-Vertrag treu zu bleiben. „Die schriftlichen Zusicherungen, die ich in dieser Hinsicht von dem Staatssekretär Eden erhalten habe, haben eine Bedeutung, die niemand in Frankreich verkennen wird.“ (Der Brief Edens wurde von Flandin verlesen.)

Die Rede des Außenministers wurde von der Linken und der Mitte mit starkem Beifall aufgenommen, während die Rechte sich zurückhaltend verhielt.

## Der Führer in Hamburg

Hamburg, 21. März. Freitagabend traf der Führer mit seiner Begleitung in Hamburg ein, von tausenden Heilrufen der in der Bahnhofshalle versammelten Tausenden empfangen. Der Führer wird von den begeisterten Hamburgern jubelnd empfangen. Die Fahrt geht durch dicke Menschenmauern, die den ganzen Weg des Führers vom Hauptbahnhof bis zur Hansaatenhalle umsäumen. Es ist ein wunderbares Bild: Millionen von Kerzen leuchten aus allen Fenstern in allen Straßen. Große Fackelzettel umsäumen den Weg. Politische Leiter, SA und SS haben alle Hände voll zu tun, um die Massen, die immer wieder in ihrer Begeisterung gegen die Absperrungen andrängen, zurückzuhalten. In die Arbeiterdörfer von Hammerbrook und Rothenburgort fährt die Fahrt. Auch hier stehen unübersehbare Menschenmassen, tief gestaffelt hinter den Sperrketten und jubeln dem Führer ihren Dank und ihr Treubedenntnis zu.

### Die Kundgebung in der Hansaaten-Halle

Wer Zeuge der alle Vorstellungen übersteigenden Volkskundgebungen in der gigantischen Hansaatenhalle war, wer diese brandende Welle von Liebe und Verehrung der Hunderttausende in den Straßen Hamburgs selbst mit erlebt, der begreift den ganzen Sinn der Worte, mit denen der Führer seine große Rede einleitete: „Es ist schade, daß die Staatsmänner, aber auch die Völker der anderen Welt nicht einen Blick in das heutige Deutschland werfen können. Sie würden dann, glaube ich, von dem Verstum geblüht werden, daß dieses Volk unter einer Diktatur schmachtet, die es unterdrückt, und zweitens von dem Irrtum, zu glauben, daß man mit diesem Volk machen kann, was man will!“

Nach einem Rückblick auf die Jahre des Kampfes skizzierte der Führer dann in großen Zügen die beispiellosen innen- und außenpolitischen Aufgaben, die an ihn herantraten vom ersten Tage an, als er vor drei Jahren in die Reichskanzlei einzog. Er rief die Erinnerung wach an die furchtbare Zeit des Zusammenbruchs auf allen Gebieten, an die Zeit der Erschlaffung aller Energien, des Mutes, der Entschlußkraft und aller politischen Instinkte im deutschen Volk. „Ich habe nicht nur den Vertrag von Versailles mit übernehmen müssen, sondern vor allem auch den Geist, aus dem er gekommen war, den Geist des Kleinmutes und der Verzweiflung, der Hoffnungslosigkeit und der Unwürdigkeit, und außerdem mußte ich übernehmen den Geist des Siegers gegenüber dem Besiegten, den Geist des Hasses und der Mißachtung, die man dem deutschen Volk entgegenbrachte.“

Der Führer betonte, daß er sich in diesen drei Jahren nicht nur bemüht habe, die Gewinnuna des deutschen Vol-

weiß angestrichen und die Simse der Fenster, wie auch die Fensterrahmen sind grün abgesetzt, sodaß es anheimelnd wirkt.

Das Schild „Verwaltungsgebäude der Siedlung Galdensee“ ist aus Holz geschnitten. Rechts von den Buchstaben ist ein schmales geschnitztes Siedlungshaus. Sie betrachten das künstlerische Schild und wissen nicht, daß es ein kunstbesessener Arbeitsdienstler in seinen Mußestunden geschnitten hat.

Hans klopf schwer an die Tür und dann treten sie zu dritt ein. Drin ist ein junger, langausgeschossener Mann, der eben am Ofen lauert und sich Nähe gibt, das Feuer anzublasen.

Er erhebt sich verlegen und etwas schwarz im Gesicht und bittet die Ankömmlinge, Platz zu nehmen.

Schmunzelnd betrachtet ihn Otto und sagt dann:

„Der Ofen will wohl nicht brennen?“

„Ne, das Holz ist so feucht! Und die Feueranzänder sind alle!“

„Moment mal!“ sagt Otto bei Laune und im nächsten Augenblick kniet er am Boden und zündet das Feuer neu an.

Dann aber bläst er mit vollen Backen hinein, bläst und bläst, daß das Feuer lustig aufflammt und er gibt nicht Ruhe, bis es wirklich hell lodert und ein Ausgehen nicht mehr zu befürchten ist.

Dann wirft er ein paar Preßklohlen hinein und setzt sich befriedigt wieder.

„Bei mir gings nicht!“ sagt der langausgeschossene junge Mensch kopfschüttelnd.

„Du hast keine Puste nich!“ wirft da Jörg, der her-  
eingelommen ist, atzflug dazwischen und alle lachen.

„Wir kommen wegen der Siedlung Galdensee!“ sagt Hans sachlich. „Ich möchte mir das Gelände und die Pläne für die Erschließung einmal ansehen. Haben Sie die Pläne da?“

Jetzt wird der junge Mann eifrig. Er besaht und holt die Pläne hervor.



**Fahrpreisermäßigung zur Reichstagswahl**  
für außerhalb der Reichsgrenzen wohnende Stimmberechtigte  
Reichsangehörige

Berlin, 22. März. In gleicher Weise, wie anfänglich der Volksabstimmung am 19. August 1934, wird den Reichsdeutschen im Ausland, die auf den Grenzbahnhöfen eintreffen und zur Ausübung ihres Wahlrechtes am 29. März 1936 nach deutschen Orten weiterfahren wollen, gegen Vorlage des Stimmscheins auf den Reichsbahnstrecken eine Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. gewährt. Es werden einfache Fahrkarten für Schnell-, Eil- oder Personenzüge ausgeben, die zur kostenlosen Rückfahrt innerhalb vier Tagen gelten.

**Erste Fahrgast-Fahrt des „E3. 129“**

Friedrichshafen, 22. März. Nach erfolgreicher Durchführung der Abnahme- und Probefahrten in der vergangenen Woche ist das neue Luftschiff „E3. 129“ der Deutschen Zeppelin-Reederei am Freitag durch das Reichsluftfahrtministerium zum Luftverkehr zugelassen worden. Die erste Fahrt des neuen Luftschiffes mit der Zulassungsnummer „E3. 129“ bei der offiziell Fahrgäste befördert werden, findet am heutigen Montag von Friedrichshafen aus statt. Während dieser Fahrt, auf der sämtliche Plätze schon besetzt sind, wird neben dem Luftschiff „E3. 129“ auch das zweite Luftschiff der Deutschen Zeppelin-Reederei, der bewährte „Graf Zeppelin E3. 127“ über dem Bodensee kreuzen.

**Londoner Flottenvertrag fertig**

London, 22. März. Der erste Ausschuss der Londoner Flottenkonferenz nahm den nunmehr fertig ausgearbeiteten neuen Flottenvertrag endgültig an. Die feierliche Unterzeichnung durch England, Frankreich und Amerika wird am Mittwoch im St. James-Palast erfolgen.

Der neue Flottenvertrag weist insoweit einige Schönheitsfehler auf, als zu seinen unmittelbaren Unterzeichnern nur England, Amerika und Frankreich gehören. Der Vertrag steht einem späteren Beitritt Italiens und Japans offen. Selbst unter den Mitgliedsstaaten des Britischen Reiches wurde keine völlige Einmütigkeit erzielt. Der Vertreter des Freistaates Irland erklärte, daß seine Regierung den Vertrag aus zwei Gründen nicht unterzeichnen werde. Ferner hat der Vertreter der Südafrikanischen Union gewisse Vorbehalte gemacht. Der neue Flottenvertrag soll am 1. Januar 1937 in Kraft treten und eine Laufdauer bis Dezember 1942 haben.

**Montag Locarno-Ausprache**

vor dem Völkerbundsrat

London, 21. März. Der Völkerbundsrat, der in Anwesenheit der deutschen Delegierten zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentrat, hat beschlossen, die Ausprache über die Anträge der Locarno-Mächte am Montag nachmittag um 4 Uhr zu beginnen. Eine Reihe von Ratsmitgliedern hatte eine längere Pause verlangt, um die Bemerkungen ihrer Regierung einzuholen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Vorschläge der Locarno-Mächte einer ausführlichen Erläuterung bedürften, um in ihrer völligen Tragweite beurteilt werden zu können. — Der Dreizehner-Ausschuss soll nunmehr am Montag vormittag zusammentreten, um die neue Lage im italienisch-abeinischen Konflikt zu überprüfen.

**Lozales**

Wildbad, 21. März 1936.

— **Warnung vor dem Genuß von Barbenrogen.** Der Kogen der Barben enthält vor und während der Laichzeit, also Ende März bis Juni, einen stark wirkenden Giftstoff. Nach Genuß solcher Rogens sind schon schwere Erkrankungen (sog. Barbencholera) mit Todesfällen beobachtet worden. Der Kogen ist auch in gefochtem Zustande giftig. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Beginn der Laichzeit der Barben wird vor dem Genuß von Barbenrogen gewarnt. Das Frischfleisch selbst ist unschädlich.

— **Zum Stimmzettel.** In Ergänzung der bereits gegebenen Mitteilung wird berichtet, daß nach dem Namen Heß, Frid, Göring, Göbbels der Name des jeweiligen Gauleiters folgt. In dem rechten Keimen Feld ist der Kreis zum Ankreuzen anzubringen.

„Jungwähler, denke daran! Wahlberechtigt ist, wer am 29. März sein 20. Lebensjahr vollendet hat, d. h. wer am 29. März 20 Jahre alt geworden ist. Denke daran, junger Deutscher, denke daran, deutsches Mädel.“

**Württemberg**

**Die Gaubesten im Reichsberufswettbewerb**

Stuttgart, 21. März. An dem diesjährigen Reichsberufswettbewerb der württembergischen Jugend nahmen rund 52 000 Ortsberufswettkämpfer teil, die sich der ihnen gestellten Aufgabe mit großer Freude und mit stichtlichem Eifer unterzogen. Von diesen 52 000 Arbeiten wurden etwa 7000 in Stuttgart einer eingehenden und sachlichen Prüfung unterworfen mit dem Ergebnis, daß wiederum 700 Wettkämpfer die Aufforderung erhielten, zur endgültigen Feststellung der Gaubesten neue und schwierigere Arbeiten anzufertigen. Nicht weniger als 170 Arbeiten konnten dann ihrerseits wieder dazu auserwählt werden, den Gau Württemberg in der Reichshauptstadt zu vertreten, von wo aus dann die Arbeiten bestimmt werden, die zu dem Ende April in Danzig stattfindenden Reichsentscheid herangezogen werden. Wie jetzt schon feststeht, wird es sich dabei um 200 Arbeiten aus allen Berufen und Gauen Deutschlands handeln, aus denen dann endgültig die 30 Reichsieger ermittelt werden sollen.

**Ausmusterung für den Führernachwuchs**

Stuttgart, 22. März. Im ehemaligen Landtagsgebäude nahm am Samstag nachmittag Reichsorganisationsleiter Dr. Ley die Musterung der im Gau Württemberg als für den Führernachwuchs geeignet befundenen jungen Parteigenossen vor. Nach Begrüßungsworten des stellv. Gauleiters Schmidt betonte Dr. Ley in einer Rede: Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei und die Hauptaufgabe des Führers sei es, den geeigneten Nachwuch für die politische Leitung zu bekommen. Nicht Schulung sei der richtige Weg, denn eine Weltanschauung könne man nicht lehren und nicht lernen. Wohl aber könne man eine Weltanschauung untermauern, könne ihre Richtigkeit mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse beweisen. Die Anwärter würden auf Herz und Nieren geprüft und exerziert. Der Dienst sei hart. Ganze Kerle sollten sie sein, denn solche liebe das Volk. Der Sport werde im Mittelpunkt des ganzen Erziehungssystems

stehen, nicht als Spiel, nicht um Matadore zu juchten, sondern um den Mut zu erproben. Denn mutig, kühn und beherrscht müsse sein, wer im deutschen Volk führen wolle. Am 24. April werde der Führer die Ordensburgen übernehmen, auf denen sie zwei Jahre lang exerziert und erzogen werden sollen. Nachdrücklich wies Dr. Ley die Anwärter darauf hin, daß sie jetzt noch zurücktreten könnten. Wer aber einmal in die Ordensburg eingezogen sei, für den gebe es kein Zurück mehr. Er gehöre der Partei für das ganze Leben. Das sei das Wesen eines Ordens. Die Partei biete nach erfolgreichem Abgang von der Ordensburg Macht, Ehre, Achtung, Sicherheit schöpferisch tätig zu sein. Sie öffne die Tore zu den höchsten Ämtern in Staat und Partei. Aber sie verlange den ganzen Menschen. Wenn die Partei das Brauhend ausziehe, der sei fertig.  
An die Ausführungen des Reichsorganisationsleiters schloß sich die Ausmusterung der Führeranwärter.

**Glückwunsch.** Ministerpräsident Mergenthaler hat dem Dichter Dr. Ludwig Finckh in Gackenhofen a. B. zu seinem 60. Geburtstag seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

**Mehingen, 21. März. (Blühende Trauben.)** Eine seltene Naturscheinung ist an einer Kammerz der Leitzartischen Fabrik zu sehen. Dort befinden sich zwei Reben, die im vorigen Jahre geerntet wurden, nebeneinander. Während der eine noch völlig lahl ist, ist der andere belaubt und zeigt blühende Trauben.

**Nattheim, O.A. Heidenheim, 21. März. (Tödllich verunglückt.)** Hier verunglückte der zwölfjährige Sohn Heinrich des Schmiedemeisters Raier tödlich. Auf der Straße nach Kleinheim fuhr eine Zugmaschine mit zwei Anhängern. Von links kam der Junge mit dem Fahrrad eingebogen. Die Zugmaschine und der erste Anhänger waren bereits vorbei, da stieß der Junge mit dem Kopf an die vordere Ecke des zweiten Anhängers. Er stürzte vom Fahrrad; das linke Hinterrad des Anhängers ging ihm über die Brust hinweg. Nach 20 Minuten starb der Verunglückte.

**Nattheim, O.A. Heidenheim, 21. März. (Betrüger verhaftet.)** Zu Beginn der letzten Woche hat ein junger Mann kurz vor seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen. Es handelt sich um den beim Fortschritt angestellten Eberhard Kuhn, der während der letzten sechs Jahre durch Betrug, verbunden mit raffiniertester Urkundenfälschung, die Rentamtstasse um den Betrag von 35 000 RM. geschädigt hat. Es steht auf Grund der Erhebungen fest, daß den Beamten des Staatsrentamts Um und des Fortamts Nattheim keine Schuld zugehoben werden kann. Kuhn fiel schon seit längerer Zeit dadurch auf, daß er über seine Verhältnisse lebte. Dies gab Veranlassung, besonders auf ihn zu achten, und führte schließlich zu seiner Verhaftung.

**Reutkirch, 21. März. (Tödllich verunglückt.)** Auf dem Lagerplatz des Sägewerks der Firma Beier und Sohn hier ereignete sich ein schweres Unglück. Als ein hochbeladenes Lastauto schwere Dielen auf den Lagerplatz führte, kamen die Dielen, nachdem bereits die Ketten gelöst waren, ins Rollen und fielen auf den neben dem Wagen stehenden 33jährigen Säger Josef Luy, wodurch dieser sofort getötet wurde. Er hinterläßt eine Witwe mit fünf kleinen Kindern.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt 1 Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Zuh. 35. Gnd) O.V. 2. 36. 737. Zur Zeit in Besitz der Nr. 3. gung.

**Winterhilfswerk Wildbad 1935/36.**

Am Dienstag, den 24. März, vormittags 9 30 Uhr, findet die letzte große **Lebensmittelausgabe** statt. Tragetaschen sind mitzubringen. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Auch ist noch ein Posten Leibwäsche, insbesondere Kinderwäsche, eingetroffen. Schriftliche Bedarfsmeldungen hierfür sind am Dienstag mitzubringen.

Geschäftsstelle des Winterhilfswerks Wildbad.

Wildbad, 22. März 1936.



**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Schwester

**Philippine Lipps**

Gipsormeisters-Witwe

sage ich auf diesem Wege innigsten Dank. Besonders danke ich dem Herrn Stadtpfarrer für seine trostreichen Worte, dem Liederkranz für den erhebenden Gesang; ferner danke ich für die Kranz- und Blumenspenden und allen, die die Verstorbene zur letzten Ruhe begleiteten.

Christine Bott Wwe.

Wildbad, 22. März 1936.  
Weinsberg

**Todes-Anzeige**

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

**Emma**

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 31 Jahren durch den Tod erlöst wurde

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Wilhelm Eitel,**  
Straubenbergstraße.

Die Beerdigung findet in Weinsberg statt.

Wildbad, 22. März 1936.



**Danksagung.**

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Heimgange unseres lieben Kindes

**Karl**

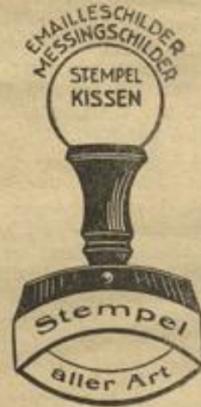
erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für seine trostreichen Worte, sowie den Krankenschwestern für ihre aufopfernde Pflege, dem Liederkranz für den erhebenden Gesang, ferner danken wir für die zahlreichen Kranzspenden und die Beteiligung am Leichenbegängnis.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Karl Bechtle.**

**DIE DRUCKEREI  
DIESES BLATTES  
DRUCKT AUCH FÜR  
IHR GESCHÄFT  
DRUCKSACHEN  
JEDER ART**

**4-6-Zimmer-Wohnung  
oder Einfamilienhaus**

hier oder Calmbach  
sofort zu mieten gesucht.  
Offerten unter Sp. 69 an  
die Tagblatt-Geschäftsstelle



liefert  
**Buchdruckerei  
Wildbader Tagblatt**  
Fernruf 479



Es schauen drei Mädels  
zum Fenster hinaus:  
Die Käthe, die Grete, die Mimi.  
Drei blitsaubere Mädels  
ein blitsblankes Haus  
mit  
**ATA  
Persil**  
und mit **imi**

**Ein aussichtsreiches Angebot**

bedarf der  
vorhergehenden  
Ankündigung  
durch ein  
Inserat  
im „Wildbader Tagblatt“



**Der Luftschutz wirbt! Folge ihm!**